

CHRONIK

Januar bis April 1988
Hannelore Wiertz-Louven

Südasiens

Afghanistan

- 4.-6. Januar: Besuch des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnase, bei dessen Gesprächen mit Partei- und Staatschef Muhammed Najibullah eine Lösung der Afghanistan-Frage im Mittelpunkt stehen.
19. Januar: Die sieben größten afghanischen Widerstandsorganisationen, zusammengeschlossen in der "Islamischen Einheit der Mushahedin Afghanistans", veröffentlichen eine Erklärung, in der sie die Vorgespräche des Sonderbevollmächtigten des UN-Generalsekretärs, Diego Cordovez, ablehnen; sie fordern die Einstellung der indirekten afghanisch-pakistanischen Gespräche in Genf und stattdessen direkte Gespräche zwischen der Sowjetunion und den Widerstandskämpfern. Gleichzeitig veröffentlichen sie einen Plan zur Regierungsbildung in Afghanistan. Dieser sieht eine Regierung aus Widerstandskämpfern, Flüchtlingen und "Muslims" vor, bei der eine Beteiligung von "Komunisten und Atheisten" ausgeschlossen wird.
24. Januar: Diego Cordovez, Sonderbevollmächtigter des UN-Generalsekretärs für Afghanistan, wird von Staatspräsident Nijibullah zu einer Unterredung empfangen, bei der die kommende Runde der indirekten afghanisch-pakistanischen Gespräche in Genf vorbereitet wird. Diese Gespräche werden am 1. Februar fortgesetzt.
8. Februar: In einer Fernsehklärung zeigt Najibullah die Haltung der Regierung im Zusammenhang mit den bevorstehenden afghanisch-pakistanischen Verhandlungen in Genf auf: er erklärt, der angekündigte Abzug der sowjetischen Truppen stehe in engen Zusammenhang mit dem Ende der Einmischungen und der Waffenlieferungen an regierungsfeindliche Gruppen. Bei einer Einigung bei den Genfer Verhandlungen werde die afghanische Regierung den Abzug eines großen Teils der sowjetischen Truppen begrüßen. Die Bildung einer Koalitionsregierung sei allerdings eine innere Angelegenheit, die die Afghanen selber zu regeln haben.
8. Februar: Über Radio und Fernsehen äußert sich ZK-Generalsekretär Gorbatschow zu Afghanistan; dabei heißt es u.a., daß durch die Vermittlung von Diego Cordovez bei den Genfer Verhandlungen eine für alle Seiten befriedigende Regelung erreicht worden sei. Zu diesen Vereinbarungen zählten das afghanisch-pakistanische Abkommen über eine Nichteinmischung, die Rückkehr afghanischer Flüchtlinge sowie internationale Garantien über eine Nichteinmischung in in-

- ner-afghanische Angelegenheiten. Der Beginn des sowjetischen Truppenabzuges sei für den 15. Mai 1988 festgelegt und solle innerhalb von 10 Monaten abgeschlossen sein. Datum und Zeitraum ist unter der Voraussetzung festgesetzt worden, daß die Abkommen über die o.g. Vereinbarungen nicht später als am 15. März unterzeichnet werden und damit zwei Monate später in Kraft treten können.
9. Februar: Diego Cordevez gibt die Wiederaufnahme der indirekten Gespräche zwischen Afghanistan und Pakistan für den 2. März 1988 bekannt.
11. Februar: Die Widerstandsorganisationen veröffentlichen eine Erklärung, in der die Ankündigung Gorbatschows über einen sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan als Propagandamanöver bezeichnet wird.
23. Februar: Die sieben größten afghanischen Widerstandsorganisationen erklären ihre Absicht, eine Übergangsregierung zu bilden. Dieser Übergangsregierung sollen auch sieben moslemische Minister der gegenwärtigen afghanischen Regierung angehören. Die Aufgabe dieser Übergangsregierung sei die Wiederherstellung der Waffenruhe, die Überwachung des vollständigen Abzuges der sowjetischen Truppen und der Rückkehr der Flüchtlinge sowie die Ausschreibung von allgemeinen Wahlen innerhalb von sechs Monaten. Das Ziel soll weiter eine unabhängige und blockfreie Außenpolitik sein.
28. Februar: Najibullah weist die pakistanische Forderung, vor dem Abzug der sowjetischen Truppen eine Übergangsregierung einzusetzen, zurück.
29. Februar: Außenminister Abdul Wakil erörtert in der Sowjetunion mit Außenminister Schewardnadse Fragen der politischen Lösung der Afghanistan-Frage.
2. März: Wiederaufnahme der indirekten afghanisch-pakistanischen Genfer Gespräche unter Vermittlung des stellvertretenden UN-Generalsekretärs, Diego Cordevez. Am 3. März einigen sich die Kontrahenten auf einen Zeitplan von neun Monaten für den sowjetischen Truppenabzug. Die pakistanische Forderung nach Bildung einer Koalitionsregierung in Afghanistan bleibt strittig. Zain Noorani, der pakistanische Delegationsleiter, hält eine Übergangsregierung für notwendig.
19. März: Partei- und Staatschef Mohammed Najibullah ordnet für den 6.-15. April Parlamentswahlen an; die Abgeordneten für beide Kammern des Parlamentes sollen neu gewählt werden.
20. März: In einer Erklärung, verbreitet über Radio Kabul, fordert Najibullah die Aufständischen auf, an der Bildung der Koalitionsregierung mitzuwirken, bei gleichzeitiger Einstellung aller Kampfhandlungen.
- 3.-6. April: Besuch des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse, der mit Partei- und Staatschef Mohammed Nijibullah die politischen Konsequenzen der Genfer Vereinbarungen erörtert.

8. April: Der stellvertretende Generalsekretär der UN, Diego Cordevez, gibt in Genf bekannt, daß die Vertreter Pakistans und Afghanistans sich bei den indirekten Gesprächen auf ein Abkommen zur Beendigung des Afghanistan-Konfliktes geeinigt haben. Am 14. April werden folgende Dokumente unterzeichnet: 1) bilaterales Abkommen zwischen Afghanistan und Pakistan über die gegenseitigen Beziehungen und insbesondere über die Nichteinmischung und das Nichteingreifen in afghanische Angelegenheiten; 2) bilaterales Abkommen zwischen Afghanistan und Pakistan über die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen; 3) eine Erklärung über internationale Garantien, die vom sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse und vom amerikanischen Außenminister George P. Shultz unterzeichnet sind; sowie 4) ein Abkommen über die inneren Beziehungen für die Beilegung der auf Afghanistan bezüglichen Lage, unterzeichnet einerseits vom afghanischen und pakistanischen Verhandlungsführer sowie von der Sowjetunion und den USA als Zeugen. In letzterem Abkommen wird vereinbart, daß die Sowjetunion und Afghanistan sich verpflichten, die sowjetischen Truppen beginnend mit dem 15. Mai 1988 bis zum 15. August zur Hälfte und bis zum 15. Februar 1989 ganz aus Afghanistan abziehen. In demselben Zeitraum sollen die Flüchtlinge freiwillig in Afghanistan wieder eingegliedert werden.
- 5.-14. April: Parlamentswahlen.

Bangladesh

3. März: Bei Parlamentswahlen gewinnt die regierende Jatiya-Partei von Staatspräsident Hussain Mohammed Ershad die absolute Mehrheit.
27. März: Staatspräsident Hussain Mohammed Ershad entläßt das Kabinett unter Premierminister Mizanur Rahman Chowdhury. Neuer Premierminister wird Moudud Ahmed.
12. April: Staatspräsident Hussain Mohammed Ershad hebt den im November 1987 verhängten Ausnahmezustand auf.

Indien

5. Januar: Laut TASS hat die Sowjetunion Indien ein nuklearangetriebenes U-Boot zur Verfügung gestellt, daß jedoch keine Kernwaffen an Bord habe und lediglich Ausbildungszwecken diene.
- 8.-10. Januar: Während des Besuches des italienischen Ministerpräsidenten Giovanni Goria, sind Themen der Unterredungen mit Premierminister Rajiv Gandhi u.a. der Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit (ein Vorzugskredit in Höhe von 250 Mio. Dollar, der für Energieprojekte verwendet werden soll) sowie die internationalen Krisenherde (insbesondere Afghanistan, Kampudschea und Südasien).
- 25.-30. Januar: Zur Erörterung des beiderseitigen Friedenabkommens trifft der srilankische Staatspräsident Junius Richard Jayewardene mit

Premierminister Rajiv Gandhi zusammen. Dabei legt Jayewardene den Entwurf eines Freundschaftsvertrages vor, der die beiden Staaten fester aneinanderbinden soll.

25. Februar: Erfolgreicher Test einer Boden-Boden-Mittelstreckenrakete.
- 2.-5. April: K. Natwar Singh (Außenministerium) führt bei einem Arbeitsbesuch in Moskau Gespräche mit Außenminister Eduard Shevardnadse über Abrüstung (Kernwaffen), regionale Konflikte (Afghanistan, Sri Lanka) und bilaterale Fragen.
- 5.-6. April: Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers, Frank C. Carlucci, der mit Premierminister Rajiv Gandhi und Verteidigungsminister Krishna Chandra Pant Themen wie den Ausbau der bilateralen militärischen Zusammenarbeit, die indisch-pakistanischen Beziehungen und die Entwicklung in Afghanistan sowie die Lage in Süd-asien erörtert.

Pakistan

- 10.-11. Februar: Besuch des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Julij Woronzow; im Mittelpunkt der Gespräche mit Staatspräsident Mohammed Zia ul Haq und Premierminister Mohammed Khan Junejo steht das Afghanistan-Problem.
- 22.-24. März: Besuch des jordanischen Königs Hussain, der mit Präsident Zia ul Haq über u.a. eine Lösung des Konfliktes in Afghanistan berät.
- 6.-7. April: Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Frank C. Calucci, der u. a. Gespräche mit Staatspräsident Zia ul Haq führt über den Afghanistan-Konflikt und die amerikanische Militärhilfe für die afghanischen Widerstandskämpfer sowie die bilaterale militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit.
7. April: Besuch des rumänischen Partei- und Staatschefs Nicolae Ceausescu, der mit Zia ul Haq Fragen der verbesserten Zusammenarbeit sowie internationale Probleme erörtert.
13. April: Ministerpräsident Mohammed Khan Junejo erklärt in einer Fernsehansprache zur Unterzeichnung des Genfer Afghanistan-Abkommens, daß Pakistan die amtierende afghanische Regierung nicht anerkennt. Am 14. April äußert sich Staatspräsident Zia ul Haq ebenfalls skeptisch über die unmittelbaren Auswirkungen des Genfer Abkommens, insbesondere weil die Aufständischen nicht mit in das Abkommen einbezogen wären und deshalb keinen Grund hätten, die Kämpfe einzustellen. Die Allianz der sieben größten afghanischen Widerstandsorganisationen gibt in einer Erklärung zum Genfer Abkommen bekannt, daß für sie der Krieg weder beendet sei noch die Flüchtlinge unter diesem Vertrag nach Afghanistan zurückkehren werden.
18. April: Afghanische Widerstandskämpfer kommen in Islamabad zu ihrer ersten Kabinettsitzung zusammen und erörtern Fragen einer

Übergangsregierung in Kabul. Sie weisen das Genfer Abkommen sowie das Koalitionsangebot von Partei- und Staatschef Mohammed Nijbullah erneut zurück.

Südostasien

Indonesien

7. Januar: Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Giovanni Goria.
- 5.-7.Februar: Mochtar Kusumaatmadja, der indonesische Außenminister, führt bei einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion Gespräche mit Parteichef Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse. Dabei werden besonders die Möglichkeiten zur Verstärkung des Warenaustausches sowie die internationale Lage (Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum und im Indischen Ozean) erörtert. Kusumaatmadja legt den Standpunkt der ASEAN-Länder zur Beseitigung internationaler Spannungen in Südostasien dar.
- 21.März: Staatspräsident Suharto ernennt ein neues Kabinett, das aus 38 Mitgliedern besteht.
- 8.-10.April: Besuch des rumänischen Partei- und Staatschefs Nicolae Ceausescu.

Kampudschea

- 20.-21.Januar: In der Nähe von Paris führen der Führer der kampudscheanischen Exilregierung, Prinz Norodom Sihanouk, und der Ministerpräsident von Kampudschea, Hun Sen, Gespräche über die Lösung der Kampudschea-Frage. Über den Abzug der vietnamesischen Truppen und die Bildung einer provisorischen Koalitionsregierung wird keine Einigung erreicht.
- 26.Januar: Besuch des Ministerpräsidenten Hun Sen in der Sowjetunion, wo er mit Außenminister Schewardnadse über Möglichkeiten zur Lösung der Kampudschea-Frage konferiert.
- 30.Januar: Prinz Norodom Sihanouk, der Führer der kampudscheanischen Exilregierung gibt seinen Rücktritt bekannt. Gleichzeitig erklärt er, daß er auch die Gespräche mit dem kampudscheanischen Ministerpräsidenten, Hun Sen, nicht fortsetzen wolle.
- 29.Februar: In einem schriftlichen Interview mit der französischen Nachrichtenagentur AFP nimmt Prinz Norodom Sihanouk seinen Rücktritt als Präsident der Exilregierung zurück. Als Grund wird der Wunsch der Koalition sowie die Weigerung Vietnams, direkt mit ihm zu verhandeln, geäußert.
- 16.März: Ministerpräsident Hun Sen bietet Prinz Norodom Sihanouk die Fortsetzung der Friedensgespräche an.

Malaysia

3.-5. Januar: Besuch des italienischen Ministerpräsidenten, Giovanni Goria.

Philippinen

21. Januar: Rücktritt von Verteidigungsminister Raphael Ileta, sein Nachfolger wird General Fidel Ramos.

12. April: Der australische Außenminister, Bill Hayden, erklärt in Manila, daß die sowjetische Bedrohung im Pazifik sich verringert habe, dennoch spielen die beiden amerikanischen Stützpunkte auf den Philippinen weiterhin eine gewichtige Rolle für die Sicherheit der Region.

Singapur

6. Januar: Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Giovanni Goria. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen Fragen zum Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Thailand

17. Februar: Nach sechsmonatigen Kämpfen im thailändisch-laotischen Grenzgebiet unterzeichnen die Befehlshaber der beiden Armeen, General Shaovalit Yontcsaiydh (Thailand) und General Sisavat Keobounphan (Laos) ein Waffenstillstandsabkommen. Eine Militärkommission soll die Verhandlungen über das von beiden Staaten beanspruchte Gebiete führen.

Vietnam

11. März: Vo Van Kiet wird zum Ministerpräsident ernannt, nachdem am Vortag (10. März) der Tod von Ministerpräsident Pham Hung bekanntgegeben worden war.

15. März: Im Streit um die Spratley-Inseln (Südchinesisches Meer) weist Vietnam die chinesischen Anschuldigungen zurück und gibt an, chinesische Kriegsschiffe hätten bereits vor dem Zwischenfall zivile vietnamesische Frachter in vietnamesischen sowie in internationalen Gewässern behindert.

17./23. März: In Noten an das Außenministerium wird der chinesischen Regierung die Aufnahme bilateraler Gespräche über die Lösung der strittigen Grenzprobleme bei den Spratley-Inseln sowie die Einstellung von Kampfmaßnahmen angeboten.

30. März: Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages mit den Philippinen, in dem sich beide Seiten verpflichten, ihre Konflikte auf friedlicher Basis zu lösen.

16. April: Besuch des indischen Premierministers Rajiv Gandhi, der bei Gesprächen mit Parteichef Nguyen Van Linh regionale und internationale Fragen (Kampudschea, Sri Lanka, Pakistan/Afghanistan) erörtert.

China

Taiwan

- 13. Januar: Tod des Staatspräsidenten Chiang Ching-kuo; der Nachfolger, der bisherige Vizepräsident Lee Teng-hui, wird auf das Amt des Präsidenten vereidigt.
- 27. Januar: Staatspräsident Lee Teng-hui wird einstimmig zum amtierenden Vorsitzenden der regierenden Nationalpartei (Kuomintang) gewählt.
- 5. Februar: Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Uruguay.

Volksrepublik China

- 3. Februar: Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Uruguay.
- 22. Februar: In einer Erklärung des Außenministeriums heißt es, China übe die Hoheit über die Inselgruppe Nansha (Spratley-Inseln) sowie die angrenzenden Gewässer aus, und es fordere Vietnam auf, sich von den rechtswidrig besetzten Inseln zurückzuziehen.
- 3. März: Besuch des sambischen Staatspräsidenten Kenneth Kaunda, während dessen Aufenthalt es u.a. zu einem gemeinsamen Abkommen über wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit kommt.
- 2.-9. März: Besuch des chinesischen Außenministers Wu Xueqian in den USA. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Ronald Reagan, Außenminister George P. Shultz und Verteidigungsminister Frank C. Carlucci stehen u. a. die internationalen Konflikte, die Frage der chinesischen Waffenlieferungen an Iran, die Entwicklungen in Afghanistan und Kampudschea sowie die beiderseitigen Beziehungen. Auch die Lage in Tibet kommt zur Sprache. Ergebnis dieser Reise ist u.a. auch die Aufhebung der Exportbeschränkungen von Hochtechnologie-Erzeugnissen in die Volksrepublik China.
- 10.-15. März: Anschließender Besuch des chinesischen Außenministers in Großbritannien.
- 14. März: Im Südchinesischen Meer kommt es zwischen chinesischen und vietnamesischen Kriegsschiffen zu einem Schußwechsel. Das Außenministerium verlautet dazu, daß die vietnamesische Marine in chinesische Hoheitsgewässer eingedrungen sei, mit der Absicht, Spannungen in diesem Seegebiet zu provozieren.
- 15.-19. März: Zweite Plenartagung des XIII. ZK der KP Chinas: In einer Rede am 15. März spricht Generalsekretär Zhao Ziyang über Reformprogramme, fordert u.a. die Ausweitung des Dialoges zwischen Regierung und Bevölkerung, die Strukturreform des Staatsrates sowie die Strafverfolgung von Machtmißbrauch etc.. Er fordert eine bessere wirtschaftliche Effizienz und damit ein schnelleres und stabileres Wirtschaftswachstum, gleichzeitig weist er auf die vielen Unzulänglichkeiten im Betriebsmanagement, im Außenhandelssystem und im Austausch von Wissenschaft und Technik mit der Wirtschaft hin. Er spricht sich für die weitere Förderung ausländischer Investitionen

aus.

- 24.März: Die Regierung lehnt das vietnamesische Verhandlungsangebot in Bezug auf die Spratley-Inseln ab.
- 24.-26.März: Besuch des italienischen Außenministers Giulio Andreotti, der mit Ministerpräsident Li Peng und Außenminister Wu Xueqian die bilateralen Beziehungen und den Ausbau der Zusammenarbeit sowie weitere internationale Fragen erörtert.
5. April: Ein Regierungssprecher fordert in einer Erklärung Vietnam auf, die Invasion und Besetzung der chinesischen Nansha-Inseln und -atolle zu beenden.
6. April: Wu Xueqian bestätigt die chinesischen Raketenlieferungen an Saudi-Arabien und ebenso an den Iran und den Iraq.
- 25.März-13.April: Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses: Am 25. März legt der amtierende Ministerpräsident, Li Peng, den Bericht über die Regierungsarbeit vor, worin er Chinas Errungenschaften und Probleme im Aufbau und bei den Reformen der letzten fünf Jahre, die Ziele, den politischen Kurs und die Aufgaben für die folgenden fünf Jahre zusammenfaßt. Am 8. April wird Yang Shangkun zum Staatspräsidenten gewählt, sein Stellvertreter wird Wang Zhen, Deng Xiaoping wird in seinem Amt als Vorsitzender des Zentralmilitärkomitees bestätigt und Wang Li wird Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses. Am 9. April wird Li Peng zum Ministerpräsidenten des Staatsrates und gleichzeitig zum Vorsitzenden der Staatlichen Kommission der Reform der wirtschaftlichen Struktur gewählt. Am 12. April wird Qian Qichen zum Außenminister ernannt. Während der Abschlusssitzung wird der Bericht über die Regierungstätigkeit, der Haushaltsplan für 1988 und der Beschluß über den Plan zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, das Gesetz über volkseigene Industriebetriebe und die Joint Ventures bestätigt. Der Staatspräsident erklärt, daß China die Zusammenarbeit mit anderen Staaten noch vertiefen werde.

Japan / Korea

Japan

Im Jahr 1988 wird Japan vorraussichtlich mehr Entwicklungshilfe leisten als die USA und damit das größte nationale Geberland werden. Aufgrund der Stärke des Yen und eines erhöhten Budgets wird Japan 1988 die 10-Milliarden-Dollar-Grenze überschreiten. 1986 lag Japan nach OECD-Angaben mit 5,6 Milliarden Dollar an zweiter Stelle der Geberländer (hinter den USA mit 9,6 Milliarden Dollar).

11.Januar: Besuch des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe, der mit seinem Amtskollegen Sosuke Uno u.a. die Ungleichbehandlung europäischer Unternehmen im Handel mit Japan gegenüber US-amerikanischen Unternehmen erörtert.

- 12.-15.Januar: Besuch des japanischen Ministerpräsidenten, Noburu Takeshita. Mit Ronald Reagan erörtert er am 13. Januar bilaterale Beziehungen sowie Wirtschafts- und Handelsfragen.
- 26.Januar: Wegen des Bombenattentates auf ein südkoreanisches Flugzeug verhängt die Regierung Sanktionen gegen Nordkorea.
6. April: Besuch des venezolanischen Staatspräsidenten, Jaime Lusinchi, der in Gesprächen mit Ministerpräsident Noboru Takeshita Japan auffordert, Wirtschaftshilfe zum Ausbau der regionalen Infrastruktur Lateinamerikas zu leisten. Die Außenminister der beiden Staaten unterzeichnen ein Abkommen über technische Zusammenarbeit.
- 12.April: Der japanische Außenminister Sosuke Uno und der amerikanische Botschafter in Japan, Mike Mansfield, unterzeichnen ein Abkommen über den Zugang Japans zu geheimer amerikanischer Militärtechnologie. Dieses Abkommen beinhaltet die Übernahme streng geschützter amerikanischer Patente verbunden mit der Auflage strenger Geheimhaltung und dem Einsatz zum Zwecke der Verteidigung.
- 14.-15.April: Besuch des indischen Premierministers, Rajiv Gandhi. Neben den bilateralen Beziehungen der beiden Staaten, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und dem kulturellen Austausch stehen im wesentlichen der Rückzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan und die Lösung des Flüchtlingsproblems im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Rajiv Gandhi und Takeshita.

Nordkorea

- 25.Januar: Das Außenministerium der USA setzt Nordkorea auf die Liste derjenigen Staaten, die den Terrorismus unterstützen, da es von der Schuld Nordkoreas am Absturz einer südkoreanischen Verkehrsmaschine im November 1987 überzeugt ist. Als Reaktion auf diese Entscheidung gibt die Regierung Nordkoreas die Einstellung aller offizieller Kontakte mit Vertretern der USA und ein Einreiseverbot für amerikanische Staatsbürger bekannt.
2. Februar: Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zu Japan nach der Verhängung von japanischen Sanktionen.
- 16.-17.Februar: Der Sicherheitsrat der UN berät über den Absturz des südkoreanischen Verkehrsflugzeuges (November 1987), kommt jedoch zu keiner Entscheidung, da die VR China und die Sowjetunion sich der Verurteilung Nordkoreas nicht anschließen können.
- 24.-28.Februar: Besuch des sambischen Staatspräsidenten Kenneth Kaunda.

Südkorea

- 15.Januar: Eine in Bahrein festgenommene Koreanerin erklärt in einer Fernsehsendung, daß sie zusammen mit einem Komplizen auf Anordnung von Kim Jong Il, dem Sohn und prädestinierten Nachfolger des nordkoreanischen Staatspräsidenten Kim Il Sung, das Bombenat-

- tentat auf ein südkoreanisches Flugzeug am 29. November 1987 verübt habe, bei dem 115 Personen starben. Verteidigungsminister Chung Hoyong kündigt militärische Vergeltungsmaßnahmen an.
11. Februar: Lee Hyun Yae wird neuer Ministerpräsident; Choi Kwang Soo bleibt als Außenminister im Amt.
 25. Februar: Vereidigung von Staatspräsident Rho Tae Woo; neben James Baker, dem amerikanischen Finanzminister, nimmt auch der japanische Ministerpräsident Noboru Takeshita an den Feierlichkeiten teil.
 21. März: Besuch des japanische Außenministers, Sosuke Uno, der Gespräche mit Staatspräsident Rho Tae Woo, Ministerpräsident Lee Hyun Yae und Außenminister Choi Kwang Soo über den Ausbau der bilateralen Beziehungen führt.
 26. April: Bei Parlamentswahlen verliert die Regierungspartei von Staatspräsident Rho Tae Woo mit nur 125 Sitzen die absolute Mehrheit. Die drei Oppositionsparteien gewinnen zusammen 174 Mandate, 10 Sitze gehen an unabhängige Parteien.

Pazifik

Vanuatu

15. März: Treffen der Regierungschefs der südpazifischen Staaten Vanuatu, Papua Neuguinea und der Salomon-Inseln (Walter Lini, Paias Wingti, Ezedriel Alebua) in Port Vila. In einem Abkommen wird der engere Zusammenschluß der drei Länder vereinbart und gleichzeitig die Bildung einer pan-melanesischen Union der melanesischen "Speerspitzen-Gruppe" bekannt gegeben.